



MEINUNG

Sozialdemokratischer Patriotismus: Warum wir neuen Zusammenhalt brauchen

Politik wird zunehmend moralisiert und der Einzelne in den Mittelpunkt gestellt. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist das brandgefährlich. Die SPD muss deshalb eine neue Form des Zusammenhalts schaffen. Wie könnte diese aussehen?

VON PHILIPP KAUPPERT , LEANDER SCHOLZ · 21. NOVEMBER 2024

TEILEN

6 KOMMENTARE LIGHT MODE



Im März demonstrierten Genoss*innen auf einer Demo gegen Rechts in Berlin für mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft.

MEHR ZUM THEMA

Bundestagswahl im Februar: Wie sich SPD-Landesverbände darauf

vorbereiten

SPD-Neumitglied nach Ampel-Aus: „Der zündende Funke, der noch gefehlt hat“

Neumitglieder-Boom: Wie die Aussicht auf Neuwahlen die SPD-Basis beflügelt

In der sozialdemokratischen Tradition wird Zusammenhalt als entscheidender Faktor einer lebendigen Demokratie angesehen. Nur in einer Demokratie, in der es zugleich streitbare Unterschiede und starke Gemeinsamkeiten gibt, können sich die Prinzipien der Liberalität, Pluralität und Solidarität zusammen entfalten und wechselseitig stärken. In diesem Sinne baut die Sozialdemokratie traditionell ihre Sozialpolitik auf dem Postulat des Zusammenhalts auf, auch wenn die sozialen Grundlagen dieses Zusammenhalts durch die zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten komplexer geworden sind. Eine zunehmend individualisierte und diversifizierte Gesellschaft muss daher immer wieder neue Formen des Zusammenhalts ausbilden. Denn ohne die Erfahrung von Zusammenhalt lässt sich weder gemeinsam streiten, noch lassen sich gemeinsam Lösungen finden. Eine lebendige Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich die Bürger*innen füreinander interessieren, gerade wenn sie nicht einer Meinung sind.

Gewerkschaften leisten wichtigen Beitrag

Zu den wichtigsten Einrichtungen des Zusammenhalts gehören die institutionalisierten Kirchen und gesellschaftlichen Verbände, denen zumindest in der Vergangenheit eine zentrale Funktion zugekommen ist. Für die Sozialdemokratie sind dabei vor allem die Gewerkschaften und Genossenschaften von besonderer Bedeutung. Denn seit ihrer Herausbildung im 19. Jahrhundert wurden durch zahlreiche Arbeitskämpfe nicht nur enorme Verbesserungen der Lebensumstände für die Arbeitnehmer*innen erreicht. Sondern darüber hinaus wurde so auch der Gesellschaft insgesamt ein kooperatives Modell zur Lösung von Konflikten zur Verfügung gestellt. Das hat es insbesondere der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit und ebenso nach der Wiedervereinigung ermöglicht, viele gesellschaftliche

Konflikte durch einen fairen Interessenausgleich aufzulösen. Auch heute noch leistet die anerkannte Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, die den demokratischen Diskurs zur Not erzwingen kann, einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich vor allem in Westdeutschland mit zahlreichen Bürgerinitiativen und nachbarschaftlichen Netzwerken ein weiterer Erfahrungsraum von Zusammenhalt herausgebildet, der heute als Zivilgesellschaft fest etabliert ist und inzwischen zum Teil staatlich gefördert wird. In Ostdeutschland spielte die Zivilgesellschaft darüber hinaus eine entscheidende Rolle beim Kampf für demokratische Selbstbestimmung und bei der friedlichen Revolution. Während die Bildung von Gewerkschaften in erster Linie auf das berufliche Leben ausgerichtet ist, bezieht sich das Engagement der Zivilgesellschaft vornehmlich auf konkrete Angelegenheiten des öffentlichen Lebens. Wie im Fall der Gewerkschaften hat auch die Zivilgesellschaft Modelle zur Lösung von Konflikten zur Verfügung gestellt, die auf wechselseitige Beziehungen in Sinne eines „runden Tisches“ abzielen. Die Verhandlungsmacht, die in diesem Fall den demokratischen Diskurs erzwingen kann, beruht auf öffentlichem Druck.

Wechselseitige Wahrnehmung wiederherstellen

Der Konflikt, der die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland derzeit bestimmt, ist durch die bislang eingeübten Formen des demokratischen Diskurses kaum noch zu lösen. Das hängt vor allem damit zusammen, dass es sich um einen identitätspolitisch zugespitzten Konflikt handelt, bei dem die demokratische Basis des Zusammenlebens in Frage gestellt wird. Politik wird zunehmend moralisiert, und anstatt in kollektiven Dimensionen der Auseinandersetzung zu denken, steht das Individuum und seine Identität im Mittelpunkt. Mit dieser Logik droht die gesellschaftliche Polarisierung in den kommenden Jahren weiter zuzunehmen.

Bei den strittigen Fragen zu Migration und Integration, zur politischen Westbindung und zur demokratischen Repräsentation geht es letztlich um die Entscheidung, in welchem Deutschland die Bürger*innen leben wollen. Dieser Konflikt lässt sich nur sehr bedingt über einen fairen Interessenausgleich wie

bei gewerkschaftlichen Verhandlungen lösen. Auch das Modell zivilgesellschaftlicher Partizipation kommt dann an seine Grenzen, wenn es keine Bereitschaft gibt, sich überhaupt gemeinsam an einen „runden Tisch“ zu setzen. Wenn der demokratische Diskurs prinzipiell verweigert wird und das Ziel politischer Parteien sogar darin besteht, die gesellschaftliche Polarisierung zu verschärfen, dann muss es neben der politischen Bekämpfung solcher Absichten darum gehen, zu allererst den Raum wechselseitiger Wahrnehmung wiederherzustellen, ohne den es keinen demokratischen Diskurs geben kann.

Soziale Milieus wieder zusammenbringen

Der Erfolg der SPD hing in der Vergangenheit nicht zuletzt an ihrer Fähigkeit, unterschiedliche soziale und kulturelle Milieus aneinanderzubinden und eine Brücke zwischen den Lebenswelten zu bauen. Um als Volkspartei überzeugen zu können, ist es entscheidend, sich nicht einem einzelnen Milieu verpflichtet zu fühlen, sondern eine gesamtgesellschaftliche Perspektive anzubieten, die nicht nur verschiedene Interessen bündeln kann, sondern in der sich auch unterschiedliche soziale und kulturelle Milieus wiedererkennen können. In der Vergangenheit waren das vor allem das gewerkschaftliche Arbeitnehmermilieu und das progressive akademische Milieu, die unter der Aussicht auf einen umfassenden gesellschaftlichen Fortschritt zusammengefunden haben. Heute herrschen zwischen den Milieus zum Teil tiefe Abgründe, und zwar selbst dann, wenn sie sich selbst als fortschrittlich begreifen. Die SPD muss daher wieder eine politische Sprache finden, die in möglichst vielen Lebenswelten verstanden wird, und sich um eine reale und mediale Präsenz bemühen, die alle Bürger*innen in ihrem sozialen Milieu entsprechend anspricht.



Um das zu tun, sollte die SPD an ihre erfolgreiche Respekt-Kampagne im Rahmen der letzten Bundestagswahl anschließen und diese zu einer Politik des Zusammenhalts weiterentwickeln. Mit Respekt behandelt zu werden, ist ein fundamentales Bedürfnis, das nicht nur mit der Würde der Person zusammenhängt, sondern auch den ethischen Maßstab aller gesellschaftlichen Beziehungen beschreibt, selbst wenn es sich um Auseinandersetzungen handelt und es keine Aussicht auf eine Einigung gibt. Das ist auch der Grund dafür, dass die Rede vom Respekt gleichermaßen in den Jugendszenen verstanden wird wie auch in solchen Arbeitnehmerszenen, die sich gesellschaftlich abgehängt fühlen, und ebenfalls in akademischen Diskursen zur Anerkennung unterschiedlicher Identitäten. Im Unterschied zur überwiegend individuellen Ausrichtung der Respekt-Kampagne muss eine Politik des Zusammenhalts allerdings auch Anforderungen an das Zusammenleben der Bürger*innen stellen und deutlich machen, dass Zusammenhalt wesentlich zur politischen Stärke eines Landes beiträgt. Respekt wird einem entgegengebracht oder man verschafft sich ihn, aber Zusammenhalt ist eine kollektive Verantwortung, die alle Bürger*innen in die Pflicht nimmt.

Identifikation mit dem Gemeinwesen schaffen

Jede lebendige Demokratie ist auf ein demokratisches Wir angewiesen, das in

seiner politischen Wirkung weit über die formale Staatsbürgerschaft hinausgeht. An der Fähigkeit, sich als demokratisches Kollektiv zu begreifen, hat neben sozialen und ökonomischen Einflüssen auch das politisch Imaginäre einen elementaren Anteil. Denn über die faktische Existenz demokratischer Verfahren hinaus ist das Gelingen der Demokratie auf ein gesellschaftliches Selbstbild angewiesen, in dem sich möglichst viele Bürger*innen wiedererkennen. Je liberaler, pluraler und diverser eine Demokratie ist, desto schwieriger und wichtiger zugleich wird eine Identifikation mit dem Gemeinwesen, um den Zusammenhalt gewährleisten zu können und die staatlichen Institutionen nicht zu bloßen Serviceeinrichtungen herabsinken zu lassen.

Die Frage nach dem Zusammenhalt hat die moderne Gesellschaft in ihrem Spannungsfeld von individueller Freiheit und sozialer Anonymität von Anfang an begleitet. Die dynamische Entwicklung der Gesellschaft macht es nötig, dass jede Zeit ihre eigene Antwort auf diese Problemlage findet. In der Geschichte der modernen Vorstellungen vom Zusammenhalt kommt dem Selbstbild einer nationalen Zugehörigkeit eine besondere Stellung zu. Die moderne Konstruktion der Nation hat dazu beigetragen, dass sich bürgerliche und demokratische Formen der politischen Partizipation auf breiter Basis durchgesetzt haben. Sie hat aber auch zu massiven Ausschlüssen geführt, wenn sie die Herkunft zum Kriterium der Zugehörigkeit zum demokratischen Wir gemacht hat. In einer durch die Vielfalt der Herkunft geprägten Gesellschaft ist es daher entscheidend, eine Vorstellung nationaler Zugehörigkeit zu finden, die nicht mehr auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft ausgerichtet ist.

Selbstbewusstsein der arbeitenden Mitte stärken

Für einen modernen Nationenbegriff ist es wichtig, welches Deutschlandbild die SPD vermittelt. Dabei muss sie sich sowohl von der Vorstellung einer „Leitkultur“ der CDU abgrenzen als auch von der Vorstellung einer „bunten Gesellschaft“ der Grünen. Die Vorstellung einer „Leitkultur“ zielt im Sinne der konservativen Tradition darauf ab, unter den Bedingungen dauerhafter Einwanderung einen verbindlichen kulturellen Kanon herzustellen. Ein solcher

Kanon, der für jede Gesellschaft unerlässlich ist, kann aber allein durch seine Attraktivität überzeugen. Im Gegensatz dazu steht die Vorstellung einer „bunten Gesellschaft“ in einer liberalen Tradition, in der es eine Vielzahl von Herkunftsn gibt. Das birgt jedoch die Gefahr, dass sich ethnische und kulturelle Gruppen herausbilden, die nur untereinander zusammenhalten.

In der sozialdemokratischen Tradition ist die individuelle Freiheit dagegen mit der politischen Forderung an ein sozial und materiell gerechtes Zusammenlebens aller mit allen verbunden. Das muss auch für eine Einwanderungsgesellschaft gelten. Um möglichst viele Bürger*innen unter dem Optimismus einer modernen sozialdemokratischen Nation versammeln zu können, muss das von der SPD vermittelte Deutschlandbild in der Lage sein, ein demokratisches Versprechen zu leisten, in dessen Zentrum die Gestaltbarkeit des Zusammenlebens steht. Zusammenhalt erwächst nicht nur aus aktuellen Bindungen und gegenseitigen Beziehungen, sondern vor allem aus einem gemeinsamen Projekt, das mit der Aussicht auf eine bessere Zukunft einhergeht. Ein sozialdemokratischer Patriotismus muss insbesondere auf das Selbstbewusstsein der arbeitenden Mitte abzielen, einem fortschrittlichen und erfolgreichen Land anzugehören, und die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs durch Bildung und Leistung in den Vordergrund stellen.



Die aktuelle politische Debatte ist jedoch stark durch Affekte des

Ressentiments geprägt, insbesondere im Hinblick auf die irreguläre Einwanderung. Die Überhandnahme dieser Affekte bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil diese auf eine politische Spaltung zielen.

Hier wird sich die Politik einerseits wieder Vertrauen erwerben müssen, indem sie die Probleme in den Griff bekommt und sich der Staat als handlungsfähig erweist. Andererseits ist es ebenso wichtig, der aufgeladenen Stimmung starke demokratische Affekte entgegenzusetzen, die den Weg in die Zukunft weisen. Hierbei muss vor allem der Stolz auf kollektive Leistungen angesprochen werden, die für die deutsche Identität von zentraler Bedeutung sind. Das umfasst sowohl den Rechts- und Sozialstaat, die kostenfreie Bildung, das öffentliche Gesundheitswesen, aber auch die Infrastruktur und die Industrieproduktion mit dem Siegel Made in Germany.

Ängste mit progressivem Heimatbegriff auffangen

Angesichts der gewaltigen Veränderungen durch die fortschreitende Digitalisierung im Alltag und im Arbeitsleben hat sich in Deutschland eine Zukunftsangst breitgemacht. Die ökologische Modernisierung wird inzwischen von vielen Bürger*innen als Bedrohung ihres gewohnten Lebens und ihres Wohlstands empfunden, was nicht zuletzt daran liegt, dass der ökologische Umbau vor allem als individuelle moralische Pflicht gesehen wurde und nicht als gesellschaftliche Chance für zukünftige technologische Entwicklungen und infrastrukturelle Erweiterungen. Dazu kommen zunehmende Unsicherheiten, die aus der angespannten weltpolitischen Lage resultieren – die Reaktion ist oft ein Rückzug in regionale Heimatgefühle. Um diesen Angstzuständen entgegenzuwirken, muss die SPD die Verunsicherung der Bürger*innen ernstnehmen und darf sie nicht den rechten sowie linken Rändern überlassen. Gerade vor dem Hintergrund einer tiefgehenden gesellschaftlichen Transformation muss die SPD dem Bedürfnis nach Sicherheit und Geborgenheit mit einem progressiven Heimatbegriff gerecht werden. Häufig entsteht die verstärkte Sehnsucht nach Heimat als Reaktion auf Veränderungen, die als fremdbestimmt erlebt werden und so anhaltende Verlustängste auslösen. Sich heimisch zu fühlen, kann jedoch auch ein wichtiger Ausgangspunkt für die Entdeckung der eigenen Handlungsmacht

sein. Im Zentrum eines progressiven Heimatbegriffs müssen daher die lokalen Ankerpunkte stehen, die es Bürger*innen ermöglichen, sich in der Gesellschaft zu engagieren. Das würde auch alle einschließen, die sich von der traditionellen Ausrichtung des Heimatbegriffs ausgeschlossen fühlen. Denn während das traditionelle Verständnis von Heimat darauf abzielt, eine imaginäre Vergangenheit zu bewahren, ließe sich mit einem Fokus auf das Heimischwerden die Gestaltbarkeit des Zusammenlebens zum programmatischen Inhalt von Heimat machen.

Vielfalt sozialdemokratisch definieren

Obwohl es bereits früh Versuche gab, neue Formen des Zusammenhalts unter heterogenen gesellschaftlichen Bedingungen zu entwickeln, ist der Diskurs immer noch stark von der Vorstellung geprägt, dass ein wirklicher Zusammenhalt nur in einer homogenen Gesellschaft möglich ist. Angesichts der heutigen gesellschaftlichen Vielfalt ist es daher entscheidend, den Diskurs des Zusammenhalts mit dem Konzept von Vielfalt zusammenzubringen, dessen zentrales Anliegen darin besteht, die Diversität der Gesellschaft auf allen Ebenen der Entscheidung sichtbar zu machen. Wenn sich die SPD weiterhin als Partei des Zusammenhalts profilieren will, dann muss sie Zusammenhalt und Vielfalt so zusammenzuführen, dass die Gesellschaft vielfältig ist, aber Vielfalt auch sozialpolitisch verstanden wird.

Im Unterschied zur sozialdemokratischen Tradition des gesellschaftlichen Zusammenhalts stammt das Konzept der Vielfalt aus einer liberalen Tradition, die ebenfalls zurückgeht bis ins 19. Jahrhundert. Was dabei unter gesellschaftlicher Vielfalt verstanden wird, hat sich im Laufe der Jahrzehnte gewandelt. Bezog sich Vielfalt zunächst auf religiöse, sprachliche und kulturelle Unterschiede, aber auch auf die unterschiedlichen Berufswelten, ist das heutige Verständnis von Vielfalt stark durch das amerikanische Konzept eines „Diversity Managements“ geprägt, bei denen eine Personalpolitik im Zentrum steht, die sowohl Arbeitnehmer*innen rekrutieren auch Konsument*innen adressieren will. Eine häufig vorgetragene Kritik an diesem Konzept von Vielfalt ist, dass soziale Fragen oft ausgeblendet werden, während vor allem personenbezogene Merkmale wie Geschlecht oder Herkunft im Vordergrund

stehen.

Um Zusammenhalt und Vielfalt miteinander verbinden zu können, muss daher sowohl die etablierte Auffassung von Zusammenhalt unter dem Aspekt der Vielfalt kritisch betrachtet als auch das Konzept der Vielfalt unter dem Aspekt des Zusammenhalts neu ausformuliert werden. Dafür ist ein Begriff des Zusammenhalts nötig, der nicht bereits von einer vorab gegebenen Gemeinsamkeit ausgeht, sondern Zusammenhalt als ein aktives Projekt versteht, in dessen Verlauf die Gemeinsamkeiten zuallererst entdeckt werden. Damit das gelingt, braucht es einen sozialpolitisch erweiterten Begriff von Vielfalt, der nicht allein auf liberalen Vorstellungen basiert, sondern deutlich sozialdemokratisch geprägt ist. Hierfür bietet sich der Begriff der „sozialen Mischung“ an, der fest verankert ist in der sozialdemokratischen Tradition und vor allem den brückenbildenden Aspekt gesellschaftlicher Vielfalt betont, was nicht zuletzt auch dem Aufstiegsversprechen einen glaubwürdigen Nachdruck verleiht.

Schlagwörter

Sozialdemokratie Volkspartei Zivilgesellschaft

AUTOR*IN

Philipp Kauppert

ist stellvertretender Leiter des Referats Globale Politik und Entwicklung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und zuständig für Evaluierung und Qualitätsmanagement.

AUTOR*IN

Leander Scholz

ist Philosoph und Schriftsteller. Zuletzt erschien von ihm „Zusammenleben. Über Kinder und Politik“ (Hanser Berlin 2018) und „Die Menge der Menschen. Eine Figur der politischen Ökologie“ (Kadmos 2019).

TEILEN

6 KOMMENTARE LIGHT MODE

Weitere interessante Rubriken entdecken



picture alliance / dpa

GESCHICHTE

65 Jahre Godesberger Programm: So wurde die SPD zur Volkspartei

Am 15. November 1959 beschließt der SPD-Parteitag das Godesberger Programm. Es ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Regierungsverantwortung im Bund. Doch nicht jede*r ist mit dem neuen Kurs einverstanden.

THOMAS HORSMANN · 15. NOVEMBER 2024



imago | imagebroker

MEINUNG

Die SPD muss jetzt die Klimaschutz-Partei sein

Der Klimaschutz hat in der Öffentlichkeit an Bedeutung verloren. Dabei schreitet der Klimawandel stärker voran denn je. Die SPD muss sich deutlich mehr um das Thema kümmern. Denn sie hat einen

klaren Vorteil.
FRANZISKA NIEDWOROK UND JOSCHKA VON POLENZ · 11. NOVEMBER 2024

©
IMAGO / Andreas Stroh

GESCHICHTE
Unabhängigkeit der Ukraine: Welche Rolle die Sozialdemokratie dabei spielte

In der Geschichte der Ukraine spielten Sozialdemokrat*innen eine entscheidende Rolle – besonders im Kampf um die Unabhängigkeit des Landes. Auch die Kontakte zur SPD waren zeitweise sehr eng.
STEFAN MÜLLER · 3. SEPTEMBER 2024

6 Kommentare

KOMMENTAR SCHREIBEN

GESPEICHERT VON ARMIN CHRIST (NICHT ÜBERPRÜFT) AM DO., 21.11.2024 - 16:02

Nun ja
Da scheint es mal langsam jemandem zu dämmern daß es für die SPD nichts bringt diesem ganzen "grünen" Schnickschnack nachzulaufen. Mal ein Anfang, auch wenn viele der geäußerten Ansichten noch nicht der Weisheit letzter Schluss sind.

Antworten

GESPEICHERT VON MAX FREITAG (NICHT ÜBERPRÜFT) AM FR., 22.11.2024 - 14:21

Patriotismus, das ist mir dann doch ein allzu
belastetes Schlagwort, AMERICA FIRST, so in diesem Sinne. Damit ist Deutschland
(gestatten Sie mir bitte , den Tucholsky Titel zu zitieren- Deutschland Deutschland über

alles) , nicht gut gefahren. Wir tun gut daran, weiterhin unsere schuldbeladene Vergangenheit als Basis zu nehmen, um internationalistisch uns vor alle die zu stellen, die mühsam und beladen ihren Weg zu uns suchen und leider Gottes immer seltener finden. Deutschlands Zukunft liegt im Zuzug aus den nahen Osten und aus Afrika, dessen müssen wir eingedenk sein

Antworten

GESPEICHERT VON CHRISTIAN (NICHT ÜBERPRÜFT) AM FR., 22.11.2024 - 22:31

Verstoßt gegen die Netiquette

Der Kommentar wurde gelöscht, da er gegen Punkt 5 unserer Netiquette verstieß.

<https://vorwaerts.de/netiquette>

Antworten

GESPEICHERT VON RUDOLF ISFORT (NICHT ÜBERPRÜFT) AM MO., 25.11.2024 - 21:53

„Sozialdemokratischer Patriotismus“_1

In dem klugen (- sehr soziologischen -) Text sorgen sich Philipp Kauppert und Leander Scholz, weil „Politik zunehmend moralisiert und den Einzelne in den Mittelpunkt stellt. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist das brandgefährlich.“ Heilen wollen sie die ansteigende „drohende gesellschaftliche Polarisierung“, durch Schaffung eines „Zusammenhalts, (der) nicht nur aus aktuellen Bindungen und gegenseitigen Beziehungen erwächst, sondern vor allem aus einem gemeinsamen Projekt, das mit der Aussicht auf eine bessere Zukunft einhergeht“. Die überwölbende Idee dafür ist, den „sozialen Aufstiegs durch Bildung und Leistung in den Vordergrund zu stellen“ und so als Einzelner „einem fortschrittlichen und erfolgreichen Land anzugehören“. Das ist nicht neu, finde ich trotzdem gut.

Gegner dieser fortschrittlichen Gesellschaft sind „Parteien, die den demokratischen Diskurs prinzipiell verweigern, (weil deren) Ziel ... darin besteht, die gesellschaftliche Polarisierung zu verschärfen“,

Antworten

GESPEICHERT VON RUDOLF ISFORT (NICHT ÜBERPRÜFT) AM MO., 25.11.2024 - 22:02

„Sozialdemokratischer Patriotismus“_2

und dass sich „angesichts der gewaltigen Veränderungen durch die fortschreitende Digitalisierung im Alltag und im Arbeitsleben in Deutschland eine Zukunftsangst breitgemacht hat“, die noch verstärkt wird durch „die ökologische Modernisierung“, die inzwischen von vielen Bürger*innen als Bedrohung ihres gewohnten Lebens und ihres Wohlstands empfunden wird“. Dafür haben Philipp Kauppert und Leander Scholz eine Lösung (siehe Text).

Für die „zunehmenden Unsicherheiten, die aus der angespannten weltpolitischen Lage

resultieren“ haben sie der (SPD) Politik nur den Allgemeinplatz anzubieten, sie „nicht den rechten sowie linken Rändern zu überlassen“. (Weiß Soziologie nichts zu aktuellen Kriegen zu sagen?)

Antworten

GESPEICHERT VON RUDOLF ISFORT (NICHT ÜBERPRÜFT) AM MO., 25.11.2024 - 22:08

„Sozialdemokratischer Patriotismus“_3

Wie man es spielend leicht schafft, sich dem „demokratische Diskurs prinzipiell zu verweigern, hat gestern Abend (24.11.) Frau Miosga beispielhaft exekutiert. Sie fragte Wirtschaftsminister Habeck, und ihr sonst fast immer lächelndes, ja, lachendes Gesicht wurde plötzlich todernst, ob a) Olaf Scholz durch seine Begründung für die Verweigerung, Taurus an die Ukraine zu liefern, nicht die Angst in der Bevölkerung schüre und dazu noch zu Wahlkampfzwecken funktionalisiere, ob b) er damit nicht Putins Spiel spiele. Letzteres würde nahezu bewiesen, durch das Lob für Scholz aus Moskau.

Habeck antwortete ausweichend, solche Entscheidungen seien schwer, generell aber habe Deutschland zu wenig und zu zögerlich geliefert; er, Habeck, würde auch Taurus liefern.

So geht „demokratischer Diskurs“.

Antworten

Schreibe einen Kommentar

Ihr Name

E-Mail

Betreff

Kommentar

Eingabe begrenzt auf 1000 Zeichen, verbleibend: **1000**



Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Stresemannstr. 28
10963 Berlin

Impressum Datenschutz AGB Netiquette

Newsletter Sponsoring & Anzeigen Abo Mediadaten

© vorwärts 2024